

**Daniel Sahl**

Industriepolitik für Europa – Chancen für einen neuen Wachstumspfad

Mit dem Aufruf Europa zu re-industrialisieren reagierte die Europäische Kommission letztes Jahr auf Probleme, die durch die Wirtschaftskrise offensichtlich wurden. In vielen Regionen in Europa fehlt die industrielle Basis. Die Re-Industrialisierung Europas ist ein entscheidender Baustein für das zukünftige Wachstum in Europa. Um im Zuge der Globalisierung in Zukunft noch eine bedeutende Rolle in der Welt zu spielen, muss die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas erhöht, die Innovationskraft gestärkt und die Öffnung der Volkswirtschaften nach innen wie nach außen entschlossen vorangetrieben werden. Dafür sind vor allem drei Dinge wichtig: Innovationen, Investitionen und Internationalisierung.

Ein langer Weg zurück zu alter Stärke

Europa ist heute der größte wirtschaftliche Akteur der Welt. Es stellt nur sieben Prozent der Weltbevölkerung, produziert aber 25 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes und ist für 50 Prozent aller Sozialabgaben verantwortlich. Doch durch die tiefgreifende Krise, die von einer weltweiten Finanz- zu einer Wirtschaftskrise wurde und schließlich in einer Staatsschuldenkrise einzelner EU-Mitgliedstaaten, vor allem der Eurozone, resultierte, steht Europas Status als Wirtschaftsmacht auf dem Spiel. Die gegenwärtige Situation ist alarmierend. Wirtschaftsprognosen besagen, dass im Jahr 2015 90 Prozent des weltweiten Wirtschaftswachstums außerhalb Europas generiert und das innereuropäische Wachstum infolge seiner alternden Bevölkerung zusätzlich erschwert werden wird.

Die Antwort Europas auf die Herausforderungen der Krise lautete: die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern, Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen, um die Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu erhöhen. Allerdings interpretieren die europäischen Regierungen das Wort Wettbewerbsfähigkeit sehr unterschiedlich. In Deutsch-

land spricht man vor allem von den notwendigen Rahmenbedingungen, um ein investitionsfreundliches Klima für die Realwirtschaft, um produktions-, aber auch forschungs- und entwicklungsintensive Arbeitsplätze in der Industrie auf- und auszubauen. In Griechenland, Spanien oder Portugal verbinden Bürger, aber auch nationale Politiker, mit dem Begriff Wettbewerbsfähigkeit vor allem drastische Gehaltsreduktionen und nicht zuletzt eine interne Abwertung. Jüngste Erfolge der Reformprogramme in Spanien, Portugal und Irland zeigen jedoch, dass die Trendumkehr gelingt und die Wettbewerbsfähigkeit wieder anzieht. Dabei steht der Umbau hin zu einer schlankeren, entbürokratisierten öffentlichen Administration, einem flexibleren Arbeitsmarkt und einer zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung im Vordergrund, um wieder auf den Wachstumspfad zurückzukehren.

Industrie hat eine zentrale Rolle in Europa

Die europäische Industrie steht heute für 65 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Europa, 57 Prozent der gesamten EU-Exporte, 76 Prozent aller Warenexporte sind auf die Industrie zurückzuführen. Die Produkti-

Über den Autor: Daniel Sahl ist Mitglied in der AG Wirtschaftspolitik des Managerkreises.

vität ist um 15 Prozent höher als in anderen Sektoren, jede Arbeitsstunde generiert 32 Euro Wertschöpfung.

In Europa schafft die Industrie knapp 52 Millionen Arbeitsplätze, 32 Millionen direkt in der Industrie sowie 20 Millionen indirekt über den Vorleistungsverbund mit anderen Branchen. Darüber hinaus dient die europäische Industrie als Drehscheibe im europäischen Binnenmarkt, fast 25 Prozent beträgt der indirekte und direkte Wertschöpfungsanteil in Europa, eine Bestätigung der bereits engen grenzüberschreitenden Verknüpfungen der Industrie in Europa.

Allerdings hat die mangelnde Fokussierung der EU-Politik auf die tragende Rolle der Industrie dazu geführt, dass zwischen 2000 und 2012 der Industrieanteil stark abgenommen hat. So fiel in diesem Zeitraum der EU-Anteil an der weltweiten industriellen Wertschöpfung von 26 auf 21 Prozent. Bis zu sechs Millionen Arbeitsplätze gingen in der europäischen Industrie verloren. Gleichzeitig haben Bürokratie, Steuern und Mängel der europäischen und nationalen Energiepolitiken die Energiekosten allein innerhalb der letzten vier Jahre um 21 Prozent erhöht. Dies hat die europäische Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu konkurrierenden Wirtschaftsregionen in der Welt deutlich geschwächt und neue Investitionen in den Standort Europa verhindert.

Die Ausgangslage in den einzelnen europäischen Staaten ist in Bezug auf die Bedeutung der Industrie in den nationalen Volkswirtschaften sehr unterschiedlich. Es gibt eine Spaltung Europas in eine Peripherie mit schwacher industrieller Basis und einen wettbewerbsfähigen Kern im Norden und Zentraleuropa.

Ein Blick auf die Entwicklungen der Arbeitskosten in der europäischen Industrie macht deutlich: an den hohen Arbeitskosten liegt es nicht, dass die Wettbewerbsfähigkeit in Südeuropa niedrig und die Arbeitslosigkeit gravierend hoch ist. In Chemie, Kraftfahrzeugbau, Elektrotechnik oder Maschinenbau liegt Deutschland gemessen an den Arbeitskosten in der EU im oberen Drittel oder sogar an der Spitze. So sind im europäischen Vergleich die Arbeitskosten großer Autohersteller in Frankreich z.B. fast 26 Prozent günstiger als in Deutschland, in Italien sogar bis zu 40 Prozent. Damit wäre zumindest der Vorwurf ausgeräumt, dass Deutschland über Dumping-Löhne in der Industrie Wettbewerber verdrängt.

Es liegt wohl eher an der Konkurrenz neuer aufstrebender Volkswirtschaften, dass in einzelnen Ländern der EU

die nationale industrielle Wettbewerbsfähigkeit zurückgegangen ist und Investitionen in andere Regionen der Welt geflossen sind.

Politisches Bekenntnis aus Brüssel zur Industrie reicht nicht

Um dem Trend der De-Industrialisierung entgegenzuwirken, rief die Europäische Kommission im letzten Jahr, mitten in der größten Krise Europas seit dem zweiten Weltkrieg, ein neues Ziel aus. Der Industrieanteil am europäischen Gesamt-Bruttoinlandsprodukt (EU-BIP) soll bis 2020 auf 20 Prozent ansteigen, neue Maßnahmen sollen der schleichenden De-Industrialisierung in fast allen Mitgliedstaaten, einzige Ausnahmen stellen Polen, die Niederlande und Deutschland dar, entgegenwirken. Dennoch, 2013 ist der EU-Industrieanteil noch einmal von 15 auf 14 Prozent zurückgegangen.

Damit wird die vorhandene EU 2020-Strategie um ein weiteres 20-Prozent-Ziel erweitert. Nicht nur energiesparender, CO₂-ärmer und effizienter soll die Industrie in Europa werden, sondern dabei noch wachsen. Dafür ist ein differenziertes Vorgehen der EU notwendig, denn die Situation in Europa ist zu ungleich, als dass eine einheitliche EU-Strategie zur Re-Industrialisierung in den einzelnen Mitgliedstaaten greifen könnte.

Mit Blick auf die Zukunft der Industrie und damit auch der Zukunft der Beschäftigungsaussichten fällt auf, dass die Bedeutung moderner Verbundsysteme, komplette Wertschöpfungsketten inklusive industrienaher Dienstleistungen in der Mitteilung der europäischen Kommission keine Erwähnung findet. Gerade die Integration der industriellen Dienstleister mit systemischen Investitionsgütern macht Deutschlands Stärke und Erfolg auf den Weltmärkten aus.

Die Absatzchancen, die neue Wachstumsmärkte bieten sollten stärker in den Fokus rücken. Die nächste Legislaturperiode kann dafür genutzt werden, die europäische Wirtschaft für den globalen Wettbewerb fit zu machen und wieder Wachstum und damit auch Arbeitsplätze zu schaffen.

Deutschlands Wirtschaftsmodell taugt nicht als Blaupause für Europa

Deutschland ist sicher nicht der Musterschüler und nicht das Vorbild, an dem sich einzelne EU-Mitgliedstaaten orientieren sollten. Deutschland ist ein klassisches Industrieland, mit langer Tradition, einer mittelständisch, wert-

schöpfungsgeprägten Gesellschaft, in dem Arbeitgeber und Gewerkschaften, Hochschulen, Forschungsstätten und Banken in einer besonderen, zumeist regionalen Zusammenarbeit, teilweise seit über 150 Jahren kooperieren. Die hohe Akzeptanz der dualen Ausbildung, die Fachkräfte gezielt für Industriebetriebe ausbildet, Weiterbildungsmöglichkeiten und die konstruktive Kooperation im sozialen Dialog stehen für Deutschlands Stärken. Zusätzlich untermauern der Offenheitsgrad und die Internationalisierung der deutschen Industrie mit einem entsprechend nachgefragten Investitionsgüterportfolio den Erfolg auf den wachsenden Weltmärkten.

Mit seinem Industriegüter-Portfolio, das auf den Wettbewerb auf den Weltmärkten ausgerichtet ist, gehört Deutschland eindeutig zu den Gewinnern der Globalisierung. Deutschland hat von dem rasanten Industrialisierungsprozess in den aufstrebenden Schwellenländern profitiert. Seine volkswirtschaftliche Angebotsstruktur ist passgenau abgestimmt auf die Nachfrage aus den neuen Wachstumsregionen der Welt.

Heute steht Deutschland mit einer starken Industrie und mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen aufgrund seiner Exportdominanz in der Kritik. Der Export von Gütern und Dienstleistungen steht für gut die Hälfte des deutschen Bruttoinlandsproduktes. Die Forderung aus den europäischen Nachbarstaaten, Brüssel, aber auch unseren Partnern auf der anderen Seite des Atlantiks war deutlich: Deutschland soll seine Investitionsquote erhöhen und nachhaltig in seine Standortqualität investieren. Davon würden auch die europäischen Mitgliedstaaten profitieren. Diese Forderung wird mittlerweile auch in Deutschland von der Industrie selbst aufgegriffen, da die Standortqualität in Deutschland vor allem im Bereich der Infrastruktur besorgniserregend erodiert. Höhere staatliche Investitionen konterkarieren allerdings das politische Ziel der Bundesregierung, die Neuverschuldung auf null zu bringen und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Die Volkswirtschaftslokomotive Deutschland ist durch die enge Verzahnung in der europäischen Wertschöpfungskette tatsächlich in der Lage, die Nachfrage in den Eurozonenstaaten durch eine höhere Investitionsquote deutlich zu erhöhen. Denn Deutschland ist nicht nur Exporteuropameister sondern auch Importeuropameister. Für jeden Euro den Deutschland durch seine Exporte verdient, werden Vorleistungsprodukte im Wert von 90 Euro-Cent in der EU eingekauft. Durch eine höhere Investitionsquote würden

also insbesondere Vorleistungsprodukte im europäischen Ausland geordert werden.

Auch unabhängig von der Forderung nach höheren Investitionen in Deutschland gilt es, die Stärken des europäischen Verbundsystems auszubauen. Vor allem die Industrie ist der Treiber für das Zusammenwachsen des europäischen Binnenmarktes. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Kooperationsverbünde neben Forschung, Innovationen und Internationalisierung zu den klassischen Erfolgsfaktoren von Unternehmen und Volkswirtschaften gehören.

Eine Investment Story für Europa

Europas Wettbewerbsfähigkeit hängt von einem gut funktionierenden Binnen- und Arbeitsmarkt und von der Fähigkeit, sich globalen wirtschaftlichen Veränderungen anzupassen, ab. Die Industrie ist eine zentrale Drehscheibe für Wertschöpfungsketten. Die industrielle und technologische Effizienz ist entscheidend, um Wohlstand zu sichern und Europa in die Lage zu versetzen, seinen Lebensstandard und sein Modell der Sozialen Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der mit ihr verknüpften Dienstleistungen bilden die notwendige Voraussetzung für die Sicherung von nachhaltigem Wachstum und höherer Beschäftigung in Europa.

Die Industrie gilt als der Wachstumsmotor für die globale Wirtschaft. Nach einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey wird sich auch die globale Nachfrage nach Anlagegütern bis 2025 mehr als verdoppeln und auf fast 20 Billionen Euro ansteigen. Dies wird auch in Europa industrielles Wachstum erzeugen. Damit kann die europäische Industrie der Wachstumsmotor für die gesamte europäische Volkswirtschaft werden. Dies wird allerdings nur mit innovativen, technisch hochwertigen Produkten gelingen.

Will Europa im Rennen um die Innovationsführerschaft bei global nachgefragten Anlageprodukten mithalten, muss Europa seine Aufmerksamkeit stärker auf zukünftige Trends richten. Zusätzlich sollte die komplette Prozesskette der Wertschöpfung im Mittelpunkt der Betrachtung stehen und nicht eine quantitative Größe, die allein auf die Produktionsgröße der europäischen Volkswirtschaft abzielt.

Von europäischer Ebene müssen verstärkt Investitionen getätigt werden, die nachhaltig die europäische Standortqualität verbessern. EU-Konzepte wie Connecting Europe oder Projektbonds gehen bereits in die richtige Richtung, sollten aber noch verstärkt und ausgebaut werden. Investitionen in

die europäische Infrastruktur sollten weiter ausgebaut werden, vor allem sind mehr grenzüberschreitende Kooperationen im Bereich Energie, Schiene und Breitband notwendig.

Ein weiterer Schwerpunkt sollte auf der Innovationsförderung in Europa liegen. Die Innovationskraft Europas ist seit Jahren rückläufig. Die Zahl der von europäischen Unternehmen angemeldeten Patente fällt seit Jahren, 2011 wurden z.B. in Europa nur 62.000 Patente angemeldet, im Vergleich 240.000 in den USA oder 172.000 in China. Will Europa auch in Zukunft von steigender globaler Nachfrage nach industriellen Anlagegütern profitieren, müssen der Bereich Bildung sowie die Forschungsförderung gestärkt werden. Dabei geht es in erster Linie nicht um steuerliche Anreize, sondern um die richtigen Rahmenbedingungen, Technologiepartnerschaften, Clusterförderung und engere Hochschulkooperationen mit Unternehmen. Um von der weltweiten Nachfrage nach innovativen Gütern zu profitieren, reicht es in Europa nicht, im Bereich der Hochtechnologie führend zu sein, auch im Bereich der Spitzentechnologie und in der Grundlagenforschung darf Europa den Anschluss nicht verlieren.

Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Stärkung der europäischen Industrie

1. Zukunft der Industrie ist mehr als Produktion. Die Bedeutung der industrienahen Dienstleistungen sollte in Zielsetzungen der Europäischen Kommission aufgenommen werden.

2. Europa braucht einen integrierten industriepolitischen Ansatz in allen Gesetzgebungsprozessen auf EU-Ebene. Es bedarf guter Rahmenbedingungen für eine industriefreundliche Wettbewerbspolitik, um den Erhalt und Ausbau von Industriearbeitsplätzen zu sichern.

3. Schaffung eines europäischen Energiebinnenmarktes, um die deutsche Energiewende zu einem europäischen Erfolgsprojekt weiterzuentwickeln und Synergien der nicht komplementären nationalen Energiemärkte zu nutzen. Sonne aus dem Süden, Wind aus dem Norden und Nordwesten sowie Wasserkraft aus den Alpen und Skandinavien.

4. Internationalisierung der gesamten europäischen Volkswirtschaft vorantreiben. Die europäische Volkswirtschaft sollte die Potentiale der Globalisierung für sich nutzen und verstärkt auf Chancen und Bedeutung eines transatlantischen Freihandelsabkommens setzen.

5. Nationale Instrumente der Außenwirtschaftsförderung harmonisieren: Der europäische Mittelstand braucht Instrumente der Expansions- und Exportunterstützung. Zusätzlich kann der Ausbau der EU-Beziehungen zu Wachstumsmärkten- und staaten dazu dienen, von der steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern zu profitieren.

6. Mehr Mut bei der Schaffung europäischer Gemeinschaftsunternehmen und mehr Kooperationen: In Zeiten von Globalisierung und Zunahme von marktbeherrschenden Global Playern aus den USA, China und anderen Regionen der Welt sollte Europa europäische Unternehmensfusionen vorantreiben und sicherheitspolitische Schlüsselspieler definieren, die im Binnenmarkt und international vor allem strengem Wettbewerbsrecht geschützt werden und zu europäischen Champions heranwachsen. Als Beispiel dient hier EADS/Airbus. Insbesondere in den Bereichen Verkehr, Energie und ITK ist dies sinnvoll und von strategischer Bedeutung. Vorbild könnte hier ein neuer deutsch-französischer Merger sein.

7. Neuausrichtung der Förder- und Strukturpolitik: Gezielte Clusterförderung in strukturschwachen Regionen, Sonderförderung von wachstums- und zukunftsorientierten Bereichen, wie z.B. im Bereich ITK.

8. Ausbau von grenzüberschreitenden Infrastrukturen, z.B. durch Connecting Europe und Projektbonds.

9. Neue Innovationspolitik für die Zukunft der Industrie und die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Die im Koalitionsvertrag verankerte digitale Agenda formuliert nicht zuletzt für ganz Europa Handlungsbedarf an die zukünftigen Anforderungen der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft.